

welche vorgestern von den Fractionen des Centrums in Land- und Reichstag begangen wurde, hielt Graf Hompey die folgende Ansprache:

Meine hochgeehrten Herren! Auf das Vergangene blickt die heutige Gedächtnistage zurück, unsere Freunde aus den Abgeordneten, aus der polnischen Fraction, aus dem Elsaß, alle unsere lieben Gäste. Die Zahl derjenigen, welche diesen Tag als einen frohen Festtag mit uns gefeiert, ist eine geringere geworden. In unsere beiden Fractionen sind in Folge der letzten Wahlen viele neue Mitglieder eingetreten, die nicht Augenzeugen gewesen, wie erhebend und festlich der 17. Januar gefeiert wurde, die nicht zugegen waren, als vor 3 Jahren in eben diesem Saale der Jubelkreis Windthorst von Blumen und Kränzen umgeben unseren tiefgefühlten Dank für seine unablässigen Bemühungen, für seine umfassende Thätigkeit unsere Glück- und Segenswünsche empfangt; sie werden unsere wehmüthige Erinnerung leicht theilen. Raum 2 Monate nach diesem letzten Freudenmahl wurde er zur ewigen Ruhe gebettet in der Marienkirche in Hannover, deren Bau ihm so sehr am Herzen gelegen, für welche er so fleißig gesammelt, wohl ohne zu ahnen, daß er zugleich für den Ort seiner eigenen Grabstätte die Mittel zusammenbrachte.

Unsere beiden Fractionen verließ die schwere Aufgabe, in Windthorsts Geiste, aber ohne ihn die Kämpfe für die Freiheit der Kirche und das Wohl des Vaterlandes weiter zu führen. An alseitigem guten Willen hat es sicher nicht gefehlt, die Schwierigkeiten aber, diese Aufgabe richtig zu lösen, sind gewachsen, durch das starke Hervortreten der Interessenfragen auf materiellem und wirtschaftlichem Gebiete. Außer Zweifel werden, zumal im Reichstage, diese Schwierigkeiten in der nächsten Zeit ganz bedeutend sich vermehren, doch eben diese Gewissheit legt uns die Verpflichtung auf, niemals das große Ziel außer Augen zu lassen, zu dessen Erreichung und Verwirklichung vor mehr als 2 Jahrzehnten die Fractionen des Centrums gegründet wurden, zu dessen Erreichung und Verwirklichung sie getragen durch das Vertrauen der Wähler, fortbestehen, zu dessen Erreichung und Verwirklichung unser sel. Windthorst alle Kräfte seines reichen Geistes eingesetzt bis zum letzten Athemzug. Mögen auf verschiedenen Gebieten die Ansichten nach der eigenen Ueberzeugung und den Interessen der Wahlkreise auseinandergehen, Eins möge nie vergessen werden: Wir schulden es unserm lutherischen Volke, wir schulden es unsern Wählern, wir schulden es unsern hingegangenen großen Führer, stets eingebend zu sein der großen, weit über die Zeit hinausreichenden und einmütigen Fragen, wogegen die etwa trennenden Momente von verhältnismäßig nur geringem Gewichte sind. Die Grundgedanken unseres sel. Windthorst sollen unser Leitstern sein und bleiben und uns führen durch die dunklen Tage der Zukunft. Am besten werden wir auf diese Weise das Andenken an unsern sel. Führer ehren, und in diesem Sinne weihen wir diesem gesegneten Andenken ein stilles Glas. Die Versammlung kam dieser Aufforderung in erstem Schweigen nach.

Die wenig es mit dem sogenannten Deficit im preussischen Staatshaushaltetat auf sich hat, ergibt sich daraus, daß bei der Schuldenverwaltung zur außerordentlichen Tilgung von Staatsschulden bezw. zur Verrechnung auf bewilligte Anleihen, also zur freiwilligen Schulden-tilgung, im Etat 21,001,478 M. ausgeworfen sind, nämlich 834,268 Mark mehr als im Vorjahr.

Ein Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des § 211 des Allgemeinen Vergesetzes vom 24. Juni 1865 ist dem Herrenhause zugegangen.

Der Etat der Gutsverwaltung weist an Einnahmen mehr auf 139,390 M. und an Ausgaben im Ordinarium mehr 111,310 M. Das Extraordinarium für Bauten und Grundstücksanlauf beläuft sich auf 162,400 M. — In den 17 Landgegenden befanden sich am 1. Jan. 1893 2474 Weidhauer, dagegen am 1. Januar 1894 2505, darunter 97 Vollblut, 307 Kaltblut.

Im Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung sind neu angelegt die Stellen von 3 Regierungs-Gewerbeberatern und von 12 Gewerbeinspektoren, sowie die Mittel für 15 vorläufig auftragsweise neu anzunehmende Gewerbeinspektoren. Für das gewerbliche Unterrichtswesen sind im Etat 185,856 M. mehr als im Vorjahr ausgeworfen. Die Summe entfällt theils auf die höhere Dotation der vorhandenen Baugewerkschulen, theils auf die Errichtung einer Baugewerkschule in Götting und die Uebernahme der rheinisch-westfälischen Hüttenwerke in Duisburg auf Staatsrechnung. Die Zuschüsse an die Baugewerkschulen sind größtentheils bestimmt zur Erhöhung der Lehrergehälter. Das Extraordinarium des Etats beläuft sich auf 102,000 M., darunter zur Errichtung eines neuen Spül- und Bäderhauses für die Arbeiter in Solingen 41,000 M., zur Abhaltung von Kurien für Zeichenlehrer an gewerblichen Fortbildungsschulen 17,000 M., zum Umbau der Lastenaufzüge in der kgl. Porzellanmanufaktur 22,600 M.

Der Etat der Berg- und Hüttenverwaltung schließt mit 2,650,422 M. ungünstiger als im Vorjahr. Die Bruttoeinnahme der Bergwerke ist um 7,437,070 M. geringer veranschlagt in Folge andauernden Rückgangs des Produktenertrages. Ebenso sind die Einnahmen der Hüttenwerke in Folge Rückgangs der Metallpreise um 2,314,865 M. geringer veranschlagt. Bei den Salzwerken steht in Staß-

furt eine Mehreinnahme von 282,100 M. in Aussicht. Die Ausgaben sind dagegen bei Bergwerken nur um 4,746,547 M. und bei den Hüttenwerken 2,164,565 M. geringer angelegt. Im Extraordinarium ist ein außerordentlicher Zuschuß zur Ausführung von Bahnarbeiten von 150,000 M. angelegt für Kohlen- und Kalisalzfelder.

Beamten-Verjüngung. Vor einiger Zeit brachte die Köln. Btg. einen Artikel gegen die ihrer Meinung nach allzu zahlreichen Beamten in höheren und höchsten Verwaltungsstellen (Oberpräsidenten und Regierungs-Präsidenten etc.). Jetzt meldet die Btg., es sei in einer der letzten Sitzungen des Staatsministeriums beschlossen worden, von dem Rechte, Beamte, welche das 65. Lebensjahr vollendet haben, in den Ruhestand zu versetzen (Art. 1 des Ges. v. 31. März 1882), einen ausgedehnteren Gebrauch zu machen. Es scheint aber bei diesem Beschluß hauptsächlich auf Subalternbeamte abgesehen zu sein, wenigstens verläutet, daß in den letzten Tagen einer Anzahl von beamteten Beamten im Kriegsministerium „blaue Briefe“ zugegangen sind.

Gefährliche. **Wien, 20. Jan.** Die gestern vom deutschen Volksverein einberufene, von zahlreichen Studenten besuchte Volksversammlung zur Feier des Jahrestages der Gründung des deutschen Reiches, in der Schönerer eine Festsprache gehalten, wurde in Folge tumultuärer Szenen, hervorgerufen durch die Weigerung Schönerers, die Festsprache dem Regierungsvertreter vorzulegen, behördlich aufgelöst.

Rußland.

Warschau, 17. Jan. Zum Capitel der Katholikenverfolgung in Rußland wird der „Kreuzzeitung“ erzählt, daß in der Ortsgemeinde Parzewo der Pfarrer Tomaszewski die Ehen Unirter eingetragene und die Taufe ihrer Kinder vorgenommen habe. Er wurde deshalb von seinem Vicar Gajewski bei der Besuche benachrichtigt. Die Folge davon war, daß der Pfarrer strafweise nach Astrachan geschickt und mit der Administration seiner Pfarre derselbe Gajewski, der die Denunciation eingebracht hatte, betraut worden ist. Dagegen erhob nun der Bischof von Lublin bei dem Generalgouverneur Beschwerden, indem er erklärte, daß er einem Manne, wie Gajewski, die Administration der Pfarre nicht überlassen könne, und verlangte, daß Gajewski strafweise in ein Kloster geschickt werde. Der Gouverneur ließ diese Beschwerde des Bischofs eine Zeit lang unbeachtet, dann wurde dem Bischof 300 Rubel mit dem Auftrage gegeben, sie dem Administrator Gajewski als Belohnung einzuhändigen. Dem Bischof selbst wurde aber eine Strafe von 1000 Rubel wegen widerrechtlichen Verhaltens auferlegt. Man begnügte sich, schreibt der Correspondent, „also nicht damit, die Beschwerde des Bischofs zu mißachten und ihm in einem Falle, wo er im Rechte war, eine Strafe aufzuerlegen, sondern man fügte der Strafe auch noch den Hohn hinzu.“

Deutscher Reichstag.

Berlin, den 20. Jan.

Der Reichstag legte die erste Beratung des Weinsteuergesetzes fort. Abg. Payer (lib. Volksp.) hob hervor, wenn die Regierung die richtige Fassung mit dem Volke hätte, würde die Vorlage niemals eingebracht worden sein. Redner wünschte Ablehnung der Vorlage ohne Commissions-Verathung.

Anfänglich sollten nur die Qualitäts-Weine besteuert werden, jetzt fangen die Qualitäts-Weine schon von 51 M. an; die württembergische Bevölkerung werde sich freuen, zu ertrinken würden. (Heiterkeit.) Die jetzige Vorlage habe unter 57 Paragraphen 17 Strafparagrafen. Die Steuer werde auf die Winger abgewälzt, wenn man den Wein nicht erst in dem Augenblick besteuert, wo er gerade an den Mund gelegt wird. Redner führte letzten Gedanken unter großer Heiterkeit des Hauses auf.

Der Kleinbetrieb würde durch den Großbetrieb aufgegeben. Kein weiterer landwirtschaftlicher Betrieb sei so verurtheilt, wie der süddeutsche Weinbau; letzterer verlangt nur Ruhe. Ganz unrichtig sei es, daß man in Württemberg mit der Weinsteuern zufrieden sei. Setzt man die Steuergrenze auf 50 M., so wird der süddeutsche Minister den Wein unter 50 M. zur bleibende Folge des Gesetzes würde sein, daß die Produzenten sich bemühen würden, Weine unter 50 M. Werth statt edlere Weine zu ziehen.

Im Laufe seiner Rede erwähnte Abg. Payer, daß 1870 bei der Verabreichung der Reichsversammlungen zwischen den norddeutschen und süddeutschen Bundesvollmächtigten protokollos erklärt worden sei, das Reich werde niemals von dem Rechte der Wein-Besteuerung Gebrauch machen. Württembergischer Minister-Präsident von Mittnacht erklärte, die norddeutschen Staaten hätten Württemberg gegen die 1870 derartige Erklärungen abgegeben mit der Begründung, daß der Wein nur wenig bringe und nur da einen erheblichen Ertrag liefern könne, wo er ein Volksgetränk sei. Diese Erklärung sei aber ohne rechtliche Geltung gewesen. Die Vertreter Württembergs hätten gegen die Steuer auf Naturweine gestimmt mit Rücksicht auf die ge-

drückte Lage der Winger, aber gegen die Besteuerung der Schaum- und Kunst-Weine habe die württembergische Regierung nichts einzuwenden gehabt. Die württembergische Regierung sei nicht in der Lage, dem Weinsteuergesetz-Entwurf, wenigstens in der jetzigen Form, zuzustimmen.

Nach Minister v. Mittnacht wendete sich Abg. Roeren (Centr.) gegen viele Ausführungen des Ministerialdirectors. Nischenborn. Redner führte zum Beweise dafür, daß die Winger die Steuer tragen müßten, die Thatfache an, daß schon im letzten Herbst an der Mosel Kaufverträge geschlossen worden seien, wonach die Winger die Steuer zu tragen verpflichtet sein sollten, falls die Steuer im Reichstage zu Stande komme. Die Wingerbevölkerung habe sich nur aufrecht durch ihr schlichtes, einfaches und religiöses Leben. Alsdann folgte im Reichstage eine hochdramatische Scene in Folge des Antrags v. Kardorff, der Reichstag solle sich vertragen mit Rücksicht auf das Auftreten des Ministers Mittnacht, aus welchem hervorgehe, daß bedenkliche Zustände im Bundesrathe sich eingeschlichen hätten. (Bewegung.)

Abg. v. Kardorff begründete seinen Antrag: Man müsse allen Parteien Gelegenheit geben, dazu Stellung zu nehmen und den Reichstagsler darüber zu hören (welcher nicht anwesend war). Auch Abg. Richter erklärte sich für die Verabreichung, da er übertrage sei über die Schärfe des Wortbruchs gemacht, und gab der Regierung anheim, den Weinsteuers-Entwurf sofort zurückzuziehen. Minister v. Mittnacht stellte fest, daß er gesagt habe, ein rechtsverbindliches Versprechen sei nicht gegeben worden. Er habe also genau das Gegentheil von dem gesagt, was Richter ihm unterstellte. (Allg. Zustimmung.)

Abg. Erdber war erkrankt über den Verabreichungsantrag. Jede Regierung müsse sich gefallen lassen, im Bundesrathe überstimmt zu werden, und der Reichstag brauche sich darüber nicht zu entsetzen, wenn ein Bundesratsmitglied von seinem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch mache und eine abweichende Meinung im Reichstage äußere. Der Reichstag werde dieses Recht schätzen, wenn er den Antrag ablehne und die Verabreichung fortsetze. (Stürmischer Beifall links und im Centrum.)

Abg. Hammacher will wenigstens einen moralischen Vorwurf gegen Preußen und gegen die Reichsregierung in der Rede Mittnachts gefunden haben. Redner bestritt, worüber die Verabreichung, um den Reichstagsler zu hören. Abg. Richter entgegnete, auch früher hätten Bundesratsmitglieder wiederholt widersprochen, so Hofmann als darmstädter Minister; Preußen habe die Verlegung des Reichsgerichts nach Leipzig bekämpft. Es könne nur erwünscht sein, wenn Bundesratsmitglieder, anstatt dem Verabreichung zu schweigen, ihre Meinung frei äußerten. (Beif. Beifall.) Er habe übrigens gegen eine Verabreichung nichts einzuwenden, wenn die Regierung dieselbe wünsche.

Schlagsecretär Graf Posadowsky erklärte, die Regierung werde einen Verabreichungs-Antrag nicht stellen. Die württembergische Regierung habe in dieser ganzen Frage von Anfang an eine durchaus loyale Haltung beobachtet und keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie gegen die Weinsteuer Stimme, was ihr Recht sei. Der Bundesrat könne aber darum auf den Gesetzentwurf nicht verzichten, weil der eine oder andere Bundesstaat dagegen sei. Die Frage sei nur, ob ein solcher Entwurf im Interesse des Ganzen liege. Wenn immer Einstimmigkeit im Bundesrathe notwendig wäre, würde der Föderativstaat unmöglich.

Minister v. Mittnacht dankte dem Staatssecretär Graf Posadowsky für die Anerkennung seiner Loyalität und fügte hinzu, er habe den Reichstagsler und den Staatssecretär der auswärtigen Angelegenheiten ausdrücklich davon unterrichtet, daß er diese Sache im Reichstag vorbringen werde. (Lebhafter Beifall.) Staatssecretär v. Marschall bestätigte dies. Abg. Hammacher erklärte, die National-Liberalen lehnten nunmehr den Verabreichungs-Antrag ab. (Heiterkeit.)

Abg. Lieber erklärte, das Centrum würde dem Antrag auch dann widersprochen haben, wenn Herr v. Mittnacht keine Loyalität nicht so weit getrieben hätte. Der Antrag bedeute eine Genur Württemberg's durch den Reichstag; dieser Einbruch könne Abg. v. Kardorff nicht verweisen. Ähnlich äußerte sich Abg. Singert, daß die Socialisten, Freisinnigen und das Centrum den Particularismus unterstützen. (Gelächter links und im Centrum.) Die Abg. Richter und Lieber fertigten dann den Abg. v. Kardorff unter großer Heiterkeit ab. Abg. Lieber sagte, das Centrum würde sein Programm aufgeben, wenn es das Föderativ-Prinzip preisgäbe, welches in der Verfassung begründet sei.

Der Verabreichungs-Antrag erhielt nicht einmal die nötige Unterstützung von 30 Abgeordneten, da sich nur etwa 20, meist Conservative, erhoben. (Stürmische Heiterkeit.) Dann wurde die Weinsteuers-Debatte fortgesetzt. Abg. Blantehorn (nat.-lib.) wendete sich in längerer Rede gegen die Vorlage und empfahl Schaum- und Kunst-Wein-Steuer eventuell Flaschen-Steuer: keineswegs dürfe der Producent die Kosten tragen.

Abg. Firsche (Anti-Semite) sprach Namens der Partei gegen die Vorlage.

Abg. Jost (Soz.-Dem.) bekämpfte gleichfalls die Vorlage, da seine Partei alle indirecten Steuern ablehne.

Der Reichstag überwiegt die Wein-Steuer an die Commission für die Tabak- und Stempel-Steuer. Dagegen stimmten die Socialisten, beide freisinnige Parteien, die sächsische Volkspartei, ein Theil National-Liberalen und das Centrum. Montag 1 Uhr: Nothstands-Interpellation.

Abendblatt. 20. Januar.

Ueber unsern Bahnhofsneubau finden wir in der „Köln. Btg.“ folgenden Artikel:

Neu, 20. Januar. Der zur landespolizeilichen Prüfung vorliegende Plan Nr. 13 für den neuen Bahnhof entspricht in seiner Weise den gewerblichen Interessen der Bürgerstadt noch den gesammelten Verkehrsmitteln. In Folge der eigenthümlichen, fast schiffartigen Gestalt der bebauten Stadt, welche sich mit der concaven Bogenlinie an die Erde und die Wesenbäume anschließt und sich mit den äußersten Spitzen südlich bis zur chemischen Fabrik von Wösten & Cie., nördlich bis zum Lager der Amerikanischen Petroleum-Company und den großen Schneidemühlen erstreckt, wäre der neue Personen- und Güterbahnhof im allgemeinen Interesse am besten südwestlich, nahe der Stadtmitte, zu legen, wobei die Hauptverkehrsstraßen, Nieder-, Böttcher-, Canal-, Friedrichstraße usw., allerseits den Zugang und Verkehr erleichtern, und wo auch die Handelskammer wiederholt die Anlage einer Güter-Abfertigungsstation hat. Statt dessen sind in dem jetzt zur Begutachtung vorgelegten Plane sowohl der neue Personen- als auch der Güterbahnhof an der äußersten nördlichen Stadthälfte verlegt. Der Personen-Bahnhof ist ähnlich wie der Hauptbahnhof in Düsseldorf mit Parterre-Vorban für Fahrarten, Ausgängen usw. und hochliegenden Bahnplanum mit Barrelieren in der Mitte ausgestattet. Hierdurch laufen rechts und links doppelte Durchgangsgeleise, und beiderseits an den Kopfenden befinden sich Drehscheiben und Doppelgleise für den Local-Verkehr. Der hochgelegte Personenbahnhof ist mit der Facade in die nächste Nähe des Canal- und der größten Schneidemühle, also zwischen dem Haupt-Post- und Güter-Verkehr am Hafen gelegen, und damit sind die vorhandenen Verhältnisse, Fahrplanverhältnisse, Einfahrt der Hafenbahn in den Güterbahnhof usw. aufgehoben. Neue Bahnanlagen sind dort in Folge Hochlegung des ganzen Bahnplanums unmöglich, und die Hafenbahn-Verbindung mit dem neuen Güterbahnhof ist nur auf großen Umwegen außerhalb des Gemeindebezirks zu erreichen, was die Ausbauroute der Anlage in Frage stellt. Der Verkehr mit dem Personenbahnhofe wäre durch die in Folge des sehr starken Stadterstrebens mit dem Hafen jetzt schon sehr viel benutzte enge und krumme Rheinstraße geleitet. Der neue Güterbahnhof, welcher als Ersatz für die jetzt rechts und links von der Friedrichstraße und an der Düsseldorfstraße begw. am Ortsgang gelegenen drei Güterverladestellen dienen soll, ist ganz nördlich hinter den Personenbahnhof verlegt worden, so daß der einzige Zugang zu demselben von der ganzen Stadt aus, sowohl als auch vom Hafen über die überführte Brückenstraße die tiefer gelegene und den zwölf Meter breiten Bahnhofswegebahn erfolgen muß. Dem großen Uebelstande, daß die ganz bedeutenden Zufuhren und Wagnistransporte aus den vielen, meistens im südlichen Stadttheile liegenden Werksbetrieben, Maschinenfabriken und sonstigen Industriebetrieben, welche etwa zwei Drittel des ganzen Stadterverkehrs ausmachen, auf dem vorgeschriebenen Wege zum Güterbahnhof die Stadt in ihrer größten Länge passieren müssen, ist bei dem Plane nicht allein nicht abgesehen, sondern der Weg ist noch um mehrere Kilometer verlängert, und auch der Verkehr von den vorhandenen drei Güter-Verladestellen auf nur eine zusammengeändert. Durch die geplante Wegnahme des einzigen, auf etwa 2, Kilometer Länge befindlichen Verbindungsweges der Düsseldorfstraße mit dem Bahnhofswege, an welchem der neue Güterbahnhof liegt, wird dieser ganze Stadttheil und das B. B. die Rheinische Papierfabrik an der Düsseldorfstraße, welche mit jedem eigenen Bahn-Anschluß im Geschäftsjahre 1892/93 etwa 60,608 Mark Frachtkosten zahlte, trotz der geringen Auslastungen, Entfernung 2 bis 300 Meter, einen Umweg von etwa 4 Kilometern machen müßte. Durch die vorgesehene Ablenkung der über die Rheinbrücke fahrenden Züge über Heerdt Gebiet wird die Bahnlinie zwischen Rhein und Düsseldorf um etwa zwei Kilometer verlängert, kurz am Ausflusse des Elst-Canals in den Rhein ist eine neue Brücke geplant, deren Schwellenlänge nur 10,850 Meter über den Nullpunkt des Rheiner Pegels liegt, wogegen die Höhe der Rheinbrücke bei Hamm etwa 16,95 Meter über den Nullpunkt beträgt.

In Folge dieser unangenehmen Höhe würden bei Hochwasser weder Schiffe in den Elst-Canal hinein, noch heraus können, wogegen jetzt bei hohem Wasserstande der Verkehr bis zu den ganz oberhalb des Elst-Canals stehenden alten Brücken unbehindert blieb. Die Fahrten auf dem Rhein sind bis zu einem Wasserstande von 7,50 Meter gestattet, und da die auf dem Elst-Canal verkehrenden Segelschiffe bei niedrigerem Wasser eine Höhe bis zu 6 Meter über dem Wasserstand haben und die Schiffslängen immer größer werden, so müßte die neue Brücke mindestens 14 Meter tiefer Höhe, statt der vorgesehene 10,850 Meter Höhe erhalten.

Die Stadt und der ganze Handelsstand kann daher nur eine ablehnende Stellung gegen diesen unglücklichen Plan einnehmen und muß einmütig dahin wirken, daß einer der zwölf übrigen Pläne, welcher den Interessen der Stadt und auch der höchsten Industrie besser entspricht, zur Ausführung gelangt. Im anderen Falle wäre der weitere Fortbestand der bestehenden Bahnhofsanlagen, trotz den vielen Unannehmlichkeiten und Verkehrsstörungen, noch vorzuziehen.

Der Vins-Verein sah auch gestern eine so große Anzahl Mitglieder bei sich vereinigt, daß der große Saal nicht mehr hinreichte. Nach einleitenden Worten des hochw. Herrn Präses Rector Gieseler sprach Herr Redacteur Grunau von häufigem Wein einigen Standpunkt des Centrums in württemberg. Das schon oft denäbte Vereinsquartier hat wiederum ganz herrliche Gaben der eblen Gieseler. In martigen Worten gedachte darauf Herr Rector Gieseler im Hinblick auf den kommenden Geburtstag des deutschen Kaisers. Ein begeistertes Hoch auf Wilhelm II. Den Hauptvortrag des Abends hielt Herr Kaplan Gieseler über die Mission d. thätigkeit Leo XIII. Redner zeigte wie gerade dann, wenn im alten Verstecke die Kirche bedrängt zu werden, dann gewinne sie in andren Gegenden. Man erhielt ein recht erfrischendes, Alles umfassendes

Bild von Schließlicht treten, welche führen, in welcher der Vereinen glieder gibt eine hübsche waren. Die Momente die glänze

Der gestern Abend gefesteten Räumlichen Mannen hatte Gelegenheiten in der Drostowski ihren Räumlichen einen Augenblick Herrn Kaplans diene in erlaffige aber a thätigkeit d. Thronen von bedeutende der Foppe, der

Den, der mit bekannter schöne Gesichte gezeichnet. Der II. 2. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Der wesehtet seiner Vereinen vorgeschrieben Jahresbericht d. Herr v. B. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Der Herr v. M. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Der wohnt, bei seiner Freunde und Bekannten gestern Abend im Fall, wo der Verei die Kaiser-Schloß ging. Das Programm: Weber, Concertvortlich ein Tänzchen in Unterhaltung. Um der geistige Abend sie wissen nach ihre Willkürlichkeit auch Besunder, welche facht wie der Verhö Vereinen ein gutes A

Brig gestern in unserer Hauptquartier war „Stätpaeb“ die glanzvolle Signahärer Bericht zu fand in der Karr Die „Karrn-Bat Mittag um 1 Uhr „carnevalistische und fleß ihre Bahnhofsvergeffen sei auch d Geiellen-Verreins gen fährte.

Carnevalistische zollern-Compagnie h Schmitz, Oberstraße, hatte sich eines recht leichtere durch vorwährende Unterhauseingekommenen Mist Weißdunst erhob von Präsident eine carne steht, davon haben n Gelegenheits gehabt, in zu hören. Wäntchen in Bläßen und Gebelien.

Einbruch. Sonntag ist in die in Schreibe der Wäntchen Amtsgewalt eingebroden Fensterheide eingebroden geöffnet. Offenbar da eine Kasse verunthet, erbetet hat derselbe die in einer Schublade Dieb verurtheilt, die in öffen, erwarnten die i ihn. Angeblid soll er wächter ergreifen, jedoch

Zugendliche

gandliche Diebe. Von den Bengeln, die anstehen

en Hauses, welches von den hochauflodernden ziemlich ei

rei. Es fahren bereits einige Schiffe an

Deutsches Tuchverhandlgsgeschäft **Oettinger & Co.**

11

